

Altlasten stoppen eine A-49-Baustelle

„Parents for Future“ wies per Schnelltest das giftige Hexyl im Boden nach

Von Michael Rinde



Diese Flächen auf dem Wasag-Gelände wurden vor Beginn der Bauarbeiten saniert, die jetzt gefundenen Stoffe befanden sich offenbar außerhalb der sanierten Flächen.
Foto: Tobias Hirsch

Stadtallendorf. Das Regierungspräsidium Gießen, verantwortlich für den Umgang mit Rüstungsaltslasten, hat verfügt, dass rund um einen Fundort von giftigem Hexyl die Autobahnarbeiten ruhen müssen. Das teilte die Behörde gestern Nachmittag auf Anfrage der OP mit.

Hexyl ist als krebserregend eingestuft und ein Sprengstoff-Bestandteil. Im Werk der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff AG (kurz Wasag) wurde seinerzeit vor allem mit dem Sprengstoff „Hexa“ gearbeitet. „Hexa“ ist ein Unterwassersprengstoff – ein Sprengstoff, der unter anderem in Torpedos eingesetzt war, um ein Beispiel zu nennen.

Auslöser waren entsprechende Funde und Nachweise von Mitgliedern von „Parents for Future“/„AG Dani lebt“. Laut einer Presseerklärung der Gruppe, die gegen den Weiterbau der A 49 eintritt, wurde das Regierungspräsidium am Montag von ihr über positive Schnelltests auf den Stoff Hexyl unterrichtet. Die Schnelltests wurden am Wochenende vorgenommen.

Am Dienstagabend habe ein Sprengstoffexperte durch Beprobungen den Nachweis von Hexyl an mehreren Stellen erbracht und deutlich vor dem Stoff gewarnt. So weit bekannt, wurden unter anderem an einer Abraumhalde an der Artilleriestraße – also auf Bundeswehrflächen – entsprechende Funde gemacht. Dieser Fundort liegt außerhalb der früheren Sanierungsflächen der Füllgruppe II.

Auf von „Parents for Future“ verbreiteten Bildern sind verfärbte Brocken zu sehen, die Verfärbungen ergeben sich unter anderem beim Einsatz von sogenannten Janowski-Schnelltests.

Nachdem das RP nicht so wie von „Parents for Future“ erhofft reagierte und einen umgehenden Baustopp verhängte, erstattete die Gruppe nach eigenen Angaben eine Anzeige beim Landeskriminalamt (LKA) und dem hessischen Innenministerium. Dabei beruft sich die Gruppe auf das Hessische Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung (das sogenannte HSOG). Das Landeskriminalamt sprach gestern auf Anfrage dieser Zeitung von einer Mitteilung, die unter anderem auch bei ihm eingegangen sei, und verwies auf das Regierungspräsidium als zuständige Behörde.

Das Regierungspräsidium bestätigte, dass es am 9. Mai, also am vergangenen Montag, per Bürgerinformation von den Schnelltestergebnissen erfuhr. Noch am selben Tag sei mit der Baustellenleitung Kontakt aufgenommen und die Beprobung veranlasst worden, antwortet Thorsten Haas, stellvertretender Sprecher des Regierungspräsidiums.

Mittels des erwähnten Janowski-Schnelltests seien „sprengstofftypische Verbindungen“ nachgewiesen worden, der Einzelstoff Hexyl ließe sich aber so nicht nachweisen. Dazu bedarf es der Laboranalyse, die nun angelaufen ist. Die Arbeiten dürfen nun erst nach Freigabe durch die Behörde fortgesetzt werden. Wie lange das dauert, ist nicht abzusehen. Jenes Material müsse zwischengelagert werden, später soll über den Entsorgungsweg entschieden werden.

„Parents for Future“ äußert konkrete Befürchtungen, etwa, dass Baggerfahrer dem Giftstoff ausgesetzt gewesen sein könnten und dass auch nicht auszuschließen ist, dass der Stoff durch Baustellenfahrzeuge weiterverteilt worden sein könnte. Nicht ohne Grund sei bei Arbeiten mit Hexyl geeignete Schutzkleidung zu tragen und beschmutzte Kleidung sofort auszuziehen. Berührungen mit der Haut seien sofort abzuwaschen, heißt es in einer Presseerklärung von „Parents for Future“/„AG Danni lebt“. Die Gruppe sieht auch Potenzial für eine Grundwassergefährdung, wie sie in ihrer Mitteilung erneut hervorhebt. „Parents for Future“ hatte schon im vergangenen Jahr auf aus ihrer Sicht fehlende Messstellen hingewiesen.